



Fraktionen in der Landschaftsversammlung Rheinland

Pressemitteilung / Köln, 25. Januar 2012

Ampelkoalition im LVR senkt den Umlagesatz. Rheinische Kommunen werden hierdurch um 40 Mio. Euro entlastet.

Die Gestaltungsmehrheit von SPD, Grünen und FDP im LVR hat beschlossen, den Umlagesatz für 2012 von 17,0 auf 16,7 Prozentpunkte zu senken. Dies erklärten die Fraktionsvorsitzenden Prof. Dr. Jürgen Rolle (SPD), Corinna Beck und Stefan Peil (Bündnis 90/DIE GRÜNEN) sowie Bernd Paßmann (FDP) gemeinsam nach entsprechenden Beschlüssen ihrer Fraktionen. Diese Senkung bedeutet für die kommunale Familie im Rheinland eine Entlastung um rund 40 Mio. Euro.

Die Verwaltung hatte in ihrer Haushaltseinbringung im Herbst noch einen unveränderten Hebesatz für die Umlage vorgeschlagen, mit der die rheinischen Kreise und kreisfreien Städte die sozialen und kulturellen Aufgaben des Landschaftsverbands Rheinland wesentlich mitfinanzieren.

Möglich wird diese Senkung durch das Verschieben der Abschreibung auf die RWE-Aktien, die der LVR mit 69 Euro in seiner Bilanz stehen hat und die aktuell an der Börse um 26 Euro gehandelt werden. Derzeit bemüht sich der Landtag um eine gesetzliche Regelung für die landesweit betroffenen Städte und Kreise, wie dieser Wertverlust in der kommunalen Familie haushaltsrechtlich zu verarbeiten ist. Dem will die LVR-Ampelkoalition durch Verabschiedung des Haushalts Mitte Februar nicht vorgreifen. Die landesgesetzliche Regelung wird nämlich erst für März 2012 erwartet. Einig sind sich SPD, Grüne und FDP darin, dass „aufgeschoben nicht aufgehoben“ bedeuten wird und Forderungen aus der Opposition, auf die Wertberichtigung ganz zu verzichten, weil die Aktien nicht zum Verkauf anstünden, jeglicher Vernunft und Seriosität entbehren.

Der LVR-Haushalt wird 2012 durch erhebliche Mehraufwendungen zusätzlich belastet. Diese ergeben sich vor allem daraus, dass viele Abrechnungen für Kindertageseinrichtungen über Jahre verspätet beim LVR eingereicht werden. Den erheblichen Zahlungen, die in die Kommunen fließen werden, stehen Mehreinnahmen vornehmlich aus den kommunalen Steuereinnahmen und den Schlüsselzuweisungen des Landes gegenüber, so dass sich dies im Ergebnis ausgleicht und die Verschiebung der RWE-Abschreibungen zu einer voll wirksamen Entlastung der Kommunen genutzt werden kann.

Bei redaktionellen Rückfragen:

Prof. Dr. Jürgen Rolle, Vorsitzender der SPD-Fraktion LVR, Tel.: 0173/9388947

Stefan Peil, Bündnis 90/Die Grünen LVR, Tel.: 0173/2500588

Corinna Beck, Bündnis 90/Die Grünen LVR, Tel.: 0172/2022298

Bernd Paßmann, FDP-Fraktion LVR, Tel.: 0178/6913775

SPD-Fraktion
Tel.: (02 21) 8 09-28 41
Fax: (02 21) 8 09-36 44
E-Mail: spd-fraktion@lvr.de
www.spd.lvr.de

Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Tel.: (02 21) 8 09-33 68
Fax: (02 21) 8 09-25 60
E-Mail: gruene-fraktion@lvr.de
www.gruene.lvr.de

FDP-Fraktion
Tel.: (02 21) 8 09-43 01
Fax: (02 21) 8 09-43 04
E-Mail: fdp@lvr.de
www.fdp.lvr.de

Der Landschaftsverband Rheinland (LVR) arbeitet als Kommunalverband mit rund 15.000 Beschäftigten für die etwa 9,6 Millionen Menschen im Rheinland. Mit seinen 41 Förderschulen, zehn Krankenhäusern, sechs Museen und seinem Heilpädagogischem Netzwerk sowie als größter Leistungsträger für Menschen mit Behinderungen in Deutschland erfüllt der LVR Aufgaben in der Behinderten- und Jugendhilfe, in der Psychiatrie und der Kultur, die rheinlandweit wahrgenommen werden. Der LVR lässt sich dabei von seinem Motto leiten "Qualität für Menschen." Die 14 kreisfreien Städte und 13 Kreise im Gebiet Nordrhein sind die Mitgliedskörperschaften des LVR. Sie tragen und finanzieren den Landschaftsverband, dessen Arbeit von der Landschaftsversammlung Rheinland mit 113 Mitgliedern aus den rheinischen Kommunen gestaltet wird.
